Landesamt für Natur, Stand: 2023

Umwelt und Verbraucherschutz

Nordrhein-Westfalen

Fachbereich 17

40208 Düsseldorf

# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

(Projektförderung)

Betr.: Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Informations-, Qualitäts- und Absatzförderungsmaßnahmen land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse

Bezug:

|  |
| --- |
| 1. **Antragstellerin / Antragsteller**
 |
| 1.1 Name / Bezeichnung |       |
| 1.2 Anschrift | Straße / PLZ, Ort      |
| 1.3 vertreten durch | Name(n), Vorname(n), Funktion     Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.4 Auskunft erteilt | Name / Tel. (Durchwahl) / E-Mail / Fax /      Tel.:       Fax:      E-Mail:       |
| 1.5 Bankverbindung | IBAN: DE       |
|  | BIC:       |
|  | Bezeichnung des Kreditinstituts      |
| 1.6 Antragsteller/in | [ ]  Erzeugergruppierungen oder –organisationen land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse[ ]  Unternehmen der Verarbeitung oder Vermarktung von land- und ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen[ ]  Unternehmen der Außer-Haus-Verpflegung[ ]  Vereine, Verbände und Organisationen der Land- und Ernährungswirtschaft[ ]  sonstige Organisationen der Wirtschaft ohne Erwerbscharakter, wenn sie im Interesse der Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft handeln[ ]  Vorhabenträger anerkannter Öko-Modellregionen, die im Rahmen der Verwaltungsvorschrift des zuständigen Ministeriums NRW zur Förderung von Öko-Modellregionen in NRW gefördert werden |
| 1.7 Rechtsform |       |
| 1.8 Namen der Hauptkapitaleigner mit den Prozentsätzen ihrer Be- teiligung |            %           %           %           % |
| 1.9 Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne von Anhang I der (EU) Verordnung Nr. 702/2014 (zuwendungsfähig sind nur Kleinstunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern, einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR oder einer Bilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR) | [ ]  nein, Vorhabenträger im Sinne der Verwaltungsvorschrift ÖMR[ ]  jaZahl der Mitarbeiter       PersonenJahresumsatz       TEURBilanzsumme       TEUR |
|  |  |

|  |
| --- |
| 1. **Maßnahme**
 |

|  |  |
| --- | --- |
| 2.1 Bezeichnung (kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme) |       |
| 2.2 Gegenstand der Förderung | [ ]  Teilnahme an Messen und Ausstellungen (Nr. 4.1 RL)[ ]  Erstellung von Veröffentlichungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für landwirtschaftliche Erzeugnisse (Nr. 4.2 RL)[ ]  Durchführung von und Teilnahme an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen (Nr. 4.3 RL)[ ]  Werbemaßnahmen zur Förderung von Absatzaktivitäten für land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Verbraucherinformation (Nr. 4.4 RL)[ ]  Maßnahmen im Rahmen von Qualitätsprogrammen von land- und ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen hoher Qualität (Nr. 4.5 RL) |
| 2.3 Maßnahme | [ ]  Die Ziele der Förderung nach Nr. 3 der RL werden bereichsübergreifend entlang der gesamten Wertschöpfungskette umgesetzt |
| 2.4 Durchführungszeitraum | Beginn des Vorhabens: | Ende des Vorhabens: |
|       |       |
| (Tag / Monat / Jahr) | Tag / Monat / Jahr |

|  |
| --- |
| 1. **Finanzierungsplan**
 |
|  | Gesamt | (auszufüllen, wenn sich die Maßnahme über mehrere Jahre erstreckt)Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit(Kassenwirksamkeit) |
|  |  | 20      | 20      | 20      |
|  |  | Jahr der Antragstellung | 1. Folgejahr | 2. Folgejahr |
|  | € | € | € | € |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 3.1 Gesamtkosten(lt. beil. Kostenvoranschlag) |       |       |       |       |
| 3.2 davon grundsätzlichzuwendungsfähige Ausgaben |       |       |       |       |
| 3.3 abzüglich Leistungen Dritter |       |       |       |       |
| (ohne öffentliche Förderung) |  |  |  |  |
| 3.4 zuwendungsfähigeGesamtausgaben |       |       |       |       |
| 3.5 beantragte Förderung (Nr. 4) |       |       |       |       |
| 3.6 beantragte / bewilligte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch:.................................................... |       |       |       |       |
| 3.7 Eigenanteil[[1]](#footnote-1) |       |       |       |       |

|  |
| --- |
| 1. **Beantragte Förderung**
 |
| Zuwendungsbereich / Kostenpositionen(Weitere Aufschlüsselung der Kosten lt. Anlage f)  | zuwendungs-fähige Kosten€ | Zuschuss€ | v. H.von Spalte 2 |
| 1 | 2 | 3 | 4 |
| Gegenstand der Förderung: |       |       |       |
| Nr. 4.1 RL |       |       |       |
| Nr. 4.2 RL |       |       |       |
| Nr. 4.3 RL |       |       |       |
| Nr. 4.4 RL |       |       |       |
| Nr. 4.5 RL  |       |       |       |
|  |  |  |  |
| **Summe Gesamtausgaben:** |  |  |  |

|  |
| --- |
| 1. **Begründung**
 |
| * 1. Zur Notwendigkeit der Maßnahme (wie Ziel / Ziele, Konzeption, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen, Raumbedarf, Standort)
 |
|       |

|  |
| --- |
| 5.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (wie Eigenanteil, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten) |
|       |

|  |
| --- |
| 1. **Finanz- und hauswirtschaftliche Auswirkungen**
 |
| Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin / für den Antragsteller, die Finanzlage der Antragstellerin / des Antragstellers usw. |
|       |

|  |
| --- |
| 1. **Anlagen**
 |
| [ ]  a) Registerauszug bzw. Nachweis der Rechtsfähigkeit |
| [ ]  b) Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag und ggf. Gesellschaftsbeschlüsse über die / den Vertretungsbevollmächtigte / n |
| [ ]  c) Vertretungsberechtigung(siehe „Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags“, sofern Angaben in Ziffer 1.3 und 1.4 voneinander abweichen bzw. zusätzliche Personen mit der Wahrnehmung von Angelegenheiten des Fördervorhabens beauftragt sind) |
| [ ]  d) Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS) (siehe Anlage zu Ziffer 7 d des Antrags) |
| [ ]  e) Erklärung über erhaltene „De-minimis“-Beihilfen“[[2]](#footnote-2) (siehe Anlage zu Ziffer 7 e des Antrags) |
| [ ]  f) Projektbeschreibung und (nach Fördergegenständen) differenzierter Kostenplan |
| [ ]  g) Nachweis, dass die Finanzierung durch die Eigenmittel gesichert ist (bei Gemeinden: Erklärung des Kämmerers zur Einplanung des Eigenanteils) in Form eines **[ ]**  Kontoauszugs bzw. **[ ]**  einer verbindlichen Bestätigung der Hausbank einer **[ ]**  Erklärung des Kämmerers zur Einplanung des Eigenanteils[ ]  h) Aufstellung über Produkte und Erzeugnisse, differenziert nach Produkten nach Anhang I des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) („Anhang-I-Produkten“) und Nicht Anhang-I-Produkten (prozentuelle Aufteilung), nur bei Förderung nach Nr. 4.4 und Nr. 4.5 RL |
| [ ]  i) Antrag auf Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn mit Begründung (siehe „Anlage zu Ziffer 7 i des Antrags“) |
| [ ]  j) Antrag auf Zulassung eines DV-gestützten Buchführungssystem zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung (siehe „Anlage zu Ziffer 7 j des Antrags“) |
| [ ]  k) Antrag auf Zulassung eines elektronisches Zeiterfassungssystem zum Nachweis der Arbeits-zeiten (siehe „Anlage zu Ziffer 7 k des Antrags“) |
| [ ]  l) weitere Anlagen:*
*
 |

|  |
| --- |
| 1. **Erklärungen**
 |
| Die Antragstellerin / der Antragsteller erklärt, dass |
| * 1. mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.
 |
| * 1. die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt wird. [ ]  ja [ ]  nein

Wenn ja, ist das Ausfüllen der Anlage 7 i zu diesem Antrag zwingend erforderlich. |
| * 1. sie / er zum Vorsteuerabzug

[ ]  nicht berechtigt ist.[ ]  berechtigt ist; und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nr. 3.1) berücksichtigt hat(Preise ohne Umsatzsteuer). |
| * 1. der Antragsvordruck nicht verändert wurde und die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.
 |
| * 1. alle Erkenntnisse und Ergebnisse, die ihr / ihm aus der Durchführung des Vorhabens erwachsen, dem LANUV verfügbar gemacht werden und sowohl das Land NRW als auch sie / er selbst zur Verbreitung der Projektergebnisse an die Allgemeinheit berechtigt ist.
 |
| * 1. der Gegenstand nicht bereits gefördert worden ist und eine Förderung nicht nach anderen Bestimmungen erfolgt.
 |
| * 1. sie / er bis jetzt keine Beihilfe erhalten hat, die Gegenstand einer anhängigen Rückforderungsanordnung der EU-Kommission ist.
 |
| * 1. es sich bei dem Unternehmen um kein Unternehmen in Schwierigkeiten, das die Kriterien gemäß Artikel 2 Nr. 18 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 erfüllt, handelt (bitte Anlage zu Ziffer 7 d des Antrags ausfüllen).
 |
| * 1. sie /er damit einverstanden ist, dass ihre / seine Angaben zum Zwecke der Auftragsverarbeitung und Projektverwaltung im automatisierten Verfahren im LANUV gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Antragsbearbeitung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an das zuständige Ministerium weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen. Wird die Zustimmung erteilt, so kann diese nur bis zur ersten Mittelauszahlung widerrufen werden. Ein Widerruf der Einwilligung kann zur Aufhebung des begehrten Rechtsverhältnisses führen. Die Bewilligungsbehörde ist berechtigt, im Falle der Bewilligung den Namen des Antragsstellers und ggf. Kooperationspartners, die Projektbezeichnung, die Gesamtausgaben der Maßnahme und die bewilligte Zuwendung zu veröffentlichen. |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass die zuständigen Stellen grundsätzlich verpflichtet sind, der Antragstellerin / dem Antragsteller auf Antrag Auskunft über die zur Person verarbeiteten Daten, den Zweck und die Rechtsgrundlage der Verarbeitung, die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen sowie die allgemeinen technischen Bedingungen der automatisierten Verarbeitung personenbezogener Daten zu geben. Grundsätzlich ist eine Auskunftsverweigerung zu begründen. Werden Auskunft und Einsichtnahme nicht gewährt, kann sich die Antragstellerin / der Antragsteller an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden. Die Einzelheiten des Datenschutzes ergeben sich aus dem Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW) in der jeweils geltenden Fassung (SGV.NRW.20061).
 |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Festsetzung der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können.
 |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 3 v.H. über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzinsen.
 |
| * 1. ihr / ihm der Inhalt der „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Zuwendungen zur Förderung von Informations-, Qualitäts- und Absatzfördermaßnahmen land- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse“ bekannt ist und dieser Antrag unter Berücksichtigung derselbigen gestellt wird.
 |
| * 1. mit der zu fördernden Maßnahme innerhalb von sechs Monaten nach Erhalt des Zuwendungsbescheides in wesentlichen Teilen begonnen wird.
 |
| * 1. ihr / ihm bekannt ist, dass
* alle Angaben im Antrag einschließlich mit Antragstellung vorgelegter und nachgereichter Antragsunterlagen) subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) in der jeweils geltenden Fassung sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) in der jeweils geltenden Fassung sind, das heißt, unter den im § 264 Strafgesetzbuch genannten Voraussetzungen kann es unter anderem strafbar sein, falsche Angaben im Zusammenhang mit der Gewährung von Zuwendungen zu machen,
* sie / er verpflichtet ist, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Zuwendung erheblich sind.
 |
| **Ich / wir versichere / n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne / n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich / uns als verbindlich an.** |
| **Ich / wir versichere / n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und erkenne / n die dargelegten Hinweise, Verpflichtungen, Einwilligungen und Erklärungen für mich / uns als verbindlich an.** |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Ort, Datum** |  | **Rechtsverbindliche Unterschrift(en)** |
|       |  | (Name(n) / Funktion) |

**Anlage zu Ziffer 7 c des Antrags**

**Vertretungsberechtigung**

Hiermit erkläre ich, die Antragstellerin / der Antragsteller, dass für folgenden Beschäftigten / Personen

|  |  |
| --- | --- |
| Name (Druckbuchstaben) | Unterschriften (Original) der / des Vertretungsberechtigten  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |
|       |  |

eine rechtliche **Vollmacht** zur Vertretung in Angelegenheiten des Fördervorhabens

|  |
| --- |
| Kurzbezeichnung gem. Ziffer 2.1 des Antrags |
|       |

mit Antragstellung vom

|  |
| --- |
|       |

eingeräumt ist.

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
|       |  |  |
| Ort, Datum |  | Rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

**Anlage zu Ziffer 7 d des Antrags**

**Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS)**

Antragsteller:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **1)** | **Werden die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens****i. S. der Insolvenzordnung (InsO) erfüllt?** | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  | **a)** | Zahlungsunfähig i. S. der Insolvenzordnung (InsO)? | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  | **b)** | Überschuldet i. S. der Insolvenzordnung (InsO)? | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  |  |
| **2)** | **Entwicklung des Kapitals** |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Bilanzpositionen | Kapital (TEUR) | Differenz |
|  |  | zum Stichtag (Jahresabschluss) |  |
|  |  | **\*** | **\*\*** | TEUR | % |
|  | **Spalte 1** | **Spalte 2** | **Spalte 3** | **Spalte 4** | **Spalte 5** |
|  | Personengesellschaften: | Buchmäßiges Eigenkapital  |       |       |       |       |
|  | Kapitalgesellschaften: | Grund- / Stammkapital |       |       |       |       |
|  | Eigenkapital …..…………………………………...…… |       |       |       |       |
| Stichtag (Jahresabschluss): 'Datum Jahresabschluss' des Jahres der Antragsstellung \* minus 2 Jahre \*\* minus 1 Jahr |
|  |  |
|  | **Hat sich mehr als die Hälfte des gezeichneten Kapitals bzw. der ausgewiesenen Eigenmittel reduziert?** |
|  | **Und ist mehr als ein Viertel des gezeichneten Kapitals bzw. der ausgewiesenen Eigenmittel während der letzten zwölf Monate verloren gegangen?** |
|  | Bilanzpositionenzum Stichtag (Jahresabschluss) **\*\***: | Kapital – Verlust(vgl. Ziffer 2, Spalte 5) |
|  |  | größer als 50% | größer als 25% |
|  | Personengesellschaften: | Buchmäßiges Eigenkapital | [ ]  ja | [ ]  nein | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  | Kapitalgesellschaften: | Grund- / Stammkapital | [ ]  ja | [ ]  nein | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  | Eigenkapital …..…………………………………...…… | [ ]  ja | [ ]  nein | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  |
| **3)** | **Erfüllung typische Symptome für ein UiS?** |

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| * steigende Verluste
 | [ ]  ja | [ ]  nein | * zunehmende Verschuldung und Zinsbelastung
 | [ ]  ja | [ ]  nein |
| * sinkende Umsätze
 | [ ]  ja | [ ]  nein |
| * wachsende Lagerbestände
 | [ ]  ja | [ ]  nein | * Abnahme / Verlust des Reinvermögenswertes
 | [ ]  ja | [ ]  nein |
| * Überkapazitäten
 | [ ]  ja | [ ]  nein |
| * verminderter Cashflow
 | [ ]  ja | [ ]  nein |  |  |  |

|  |
| --- |
|  |
| **4)** | **Aufnahme der Geschäftstätigkeit innerhalb der letzten 3 Jahre vor Antragstellung?** |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Wenn | [ ]  ja | ⇨ Bestimmungen für ein Unternehmen in Schwierigkeiten finden keine Anwendung |
|  | [ ]  nein |  |

|  |
| --- |
|  |
| **5)** | **Liegt ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der “Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten” (ABl. der EU v. 31.07.2014, 2014/C 249/01) vor?** | [ ]  ja | [ ]  nein |
|  |
| **6)** | **Erläuterungen - siehe Beiblatt** | [ ]  ja | [ ]  nein, da nicht erforderlich |
|  |
| **7)** | **Erklärung** |
|  | **[ ]**  |  **Die Richtigkeit der in dieser Erklärung gemachten Angaben wird bestätigt.** |
|       |  |  |
| Ort, Datum |  | Stempel, Unterschrift des Steuerberaters / Wirtschaftsprüfers |

**Anlage zu Ziffer 7 e des Antrags**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| **Landesamt für Natur,****Umwelt und Verbraucherschutz****Nordrhein-Westfalen****- Fachbereich 17 -** |  | **Erklärung über erhaltenen „De-minimis“-Beihilfen** |
| Anlagen zum Antrag vom       |
|  |
| Antragsteller / in |
|  |
|  |
| Maßnahme |
|  |

Hiermit bestätige ich, dass ich und die mit mir

[ ]  i. S. d. Art. 2 Abs. 2 der VO (EG) Nr. 1407/2013 [[3]](#footnote-3)[1]

[ ]  i. S. d. Art. 1 Abs. 2 VO (EU) Nr. 1408/2013 [[4]](#footnote-4)[2]

verflochtenen Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren,

**[ ]** De-minimis Beihilfen im Sinne der [ ]  VO (EG) Nr. 1407/2013 [ ]  VO (EU) Nr. 1408/2013 wie folgt erhalten bzw. beantragt habe/n:

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Datum Bewilli-gungs-bescheid | Zuwendungsgeber | Az. | Förder-summe€ | Subventions-wert€ | DAWI-De-Minimis [[5]](#footnote-5)[3] |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |
|       |       |       |       |       | [ ]  ja | [ ]  nein |

[ ]  keine De-minimis Beihilfen erhalten bzw. beantragt habe/n.

Mir/uns ist bekannt, dass diese Angaben subventionserheblich sind im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz NRW)

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Ort, Datum |  | rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

**Anlage zu Ziffer 7 i des Antrags**

**Antrag auf Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

|  |
| --- |
| Zu meinem / unserem Antrag vom       beantrage(n) ich / wir bereits mit dem Vorhaben vor der Bewilligung (Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides) beginnen zu dürfen. |
| Die Notwendigkeit des vorzeitigen Maßnahmebeginns wird wie folgt begründet: |
|       |
| Mir / uns ist bekannt, dass Ihre Erteilung (Zustimmung) des vorzeitigen Maßnahmebeginns keinen Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung begründet und ich / wir das volle Finanzrisiko trage(n). |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | Rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

**Anlage zu Ziffer 7 j des Antrags**

**Antrag auf Zulassung eines dv-gestützten Buchführungssystems**

**zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung**

Antragsteller:

Vorhabenbezeichnung:

Eingesetztes System:

Zertifiziert [[6]](#footnote-6)[1] von:

(Kopie bitte beifügen)

|  |
| --- |
| Zu meinem / unserem Antrag vom       beantrage(n) ich / wir das oben genannte DV-gestützte Buchführungssystem zur elektronischen Belegführung und Belegaufbewahrung für die Durchführung des genannten Vorhabens zuzulassen. |
| Ich / wir versichern, dass  |
| 1. das o. g. System die Grundsätze zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD, lt. BmF 14.11.2014 in der jeweils gültigen Fassung) erfüllt.
 |
| 1. allgemein übliche Datenträger verwendet und
 |
| 1. die anerkannten Sicherheitsstandards eingehalten werden, sowie
 |
| 1. das Setzen einer elektronischen unveränderbaren Signatur auf den elektronischen Belegen (zur Dokumentation der Einsicht der Belege durch die Bewilligungsbehörde) möglich und
 |
| 1. die Zuverlässigkeit für Prüfzwecke gegeben ist.
 |
| 1. der Bewilligungsbehörde, dem Landesrechnungshof oder anderen Prüfinstanzen
	* die gleichen Zugriffsrechte und Möglichkeiten zugestanden werden und
	* die gleiche Unterstützung bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenzugriff gewährt wird,

wie der Finanzverwaltung. |
| 1. gewährleistet ist, dass die gespeicherten Unterlagen sowie die zu ihrem Verständnis erforderlichen Arbeitsanweisungen jederzeit innerhalb einer angemessenen Frist in NRW lesbar gemacht werden können und die hierfür erforderlichen Daten, Programme sowie Maschinen und Hilfsmittel (z.B. Personal, Bildschirme, Lesegeräte usw.) kostenlos bereitgestellt werden.
 |
| 1. die Datenbestände so organisiert werden, dass die prüfenden Stellen nur auf die aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtigen Daten zu dem geförderten Projekt zugreifen können. Enthalten elektronisch gespeicherte Datenbestände z. B. nicht aufzeichnungs- und aufbewahrungspflichtige, personenbezogene oder dem Berufsgeheimnis unterliegende Daten, so kann eine Prüfung nicht mit dem Hinweis darauf abgelehnt werden.
 |
| 1. die bewilligende Stelle unverzüglich unterrichtet wird,
	* sobald das System nicht mehr die GoBD erfüllt oder
	* dies von einem Dritten (z.B. Finanzverwaltung) bezweifelt wird.
 |

**Anlage zu Ziffer 7 j des Antrags, Seite 2 von 2**

|  |
| --- |
| 1. die Aufbewahrung und Lesbarmachung der Daten und Dokumentationen auch über den steuer- und handelsrechtlichen Zeitraum hinaus gewährleistet ist, soweit der Zuwendungsbescheid dies vorsieht.
 |
| Mir / uns ist bekannt, dass |
| * die genannten Prüfinstanzen verlangen können, dass die Daten nach Vorgaben der jeweiligen Prüfungseinrichtung maschinell ausgewertet oder die gespeicherten Unterlagen und Aufzeichnungen in lesbarer Form oder auf einem maschinell verwertbaren Datenträger zur Verfügung gestellt werden.
 |
| * die überlassenen Daten bei der Prüfinstanz bis zum Ende der Förderperiode / der Zweckbindungsfrist aufbewahrt werden dürfen.
 |
| * die elektronischen Belege nicht anerkannt werden, wenn das System jetzt oder in Zukunft die oben genannten Punkte nicht erfüllt.
 |
| * bei jeglichen Änderungen, die das o. g. System betreffen, ein erneuter Antrag auf Zulassung gestellt werden muss. Diese Vorgabe gilt über die Projektlaufzeit hinaus bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist für die Belege.
 |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (Ort, Datum) |  | Rechtsverbindliche Unterschrift(en) |

1. Ihr Anteil, den Sie im Falle einer Förderung an den zuwendungsfähigen Kosten selbst zu tragen haben [Bsp.: zuwendungsfähige Gesamtkosten = 10 T€ (= 100 %), Förderung = 5 T€ (Fördersatz 50%) Eigenanteil = 5 T€ (= 50%)]. [↑](#footnote-ref-1)
2. nur bei Förderung nach den Nrn.4.4 und 4.5 der Förderrichtlinien [↑](#footnote-ref-2)
3. [1] Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 352 vom 24.12.2013), geändert durch Verordnung (EU) Nr. 2020/972 vom 02.07.2020 hinsichtlich ihrer Verlängerung, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 215 vom 07.07.2020 (VO gilt bis *zum 31.12.2023*). [↑](#footnote-ref-3)
4. [2] Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18.12.2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften N*r. L 352* vom 24.12.2013, geändert durch Verordnung (EU) 2019/316 vom 21.02.2019*,* veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L I 51 vom 22.2.2019 (u. a. Verlängerung der Geltungsdauer dieser VO bis *zum 31.12.2027)*.

Gilt für Unternehmen, die sowohl in der Primärerzeugung landwirtschaftlicher Erzeugnisse als auch in einem oder mehreren der unter die VO (EU) Nr. 1407/2013 fallenden Bereiche tätig sind. [↑](#footnote-ref-4)
5. [3] Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25.04.2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „*De-minimis*-Beihilfen“ an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 114 vom 26.04.2012, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2020/1474 vom 13.10.2020*,* veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L337 vom 14.10.2020 (u. a. Verlängerung der Geltungsdauer dieser VO bis *zum 31.12.2023)*. [↑](#footnote-ref-5)
6. [1] Testat des Wirtschaftsprüfers zur Einhaltung der GoBD (z. B. durch entsprechende Bestätigung der Prüfung des letzten Jahresabschlusses oder einer Prüfung des Systems selbst) oder ein Schreiben des zuständigen Finanzamtes zur Zulassung des o. g. Systems für steuerliche Zwecke. Sofern keine entsprechenden Bescheinigungen vorgelegt oder einer der o. g. Voraussetzungen nicht erfüllt werden können, kann das elektronische System zur Belegaufbewahrung nicht zugelassen werden. [↑](#footnote-ref-6)